

Inhaltsverzeichnis (Überblick)

	Seite
I. Gegenstand, Ziel und Ablauf der Untersuchung	1
II. Klärung des zugrundgelegten Verständnisses von Steuergerechtigkeit	6
A. Zum Begriff der Gerechtigkeit und der Steuer-gerechtigkeit	6
B. Versuche zur Operationalisierung der Forderung nach Steuergerechtigkeit in der Literatur	25
III. Versuch einer am geltenden Einkommensteuerrecht orientierten Operationalisierung der Forderung nach steuerlicher Gerechtigkeit	87
A. Die Forderung nach Gleichmäßigkeit der Besteuerung gemäß der steuerlichen Leistungsfähigkeit – Inhaltliche Konkretisierung und Überprüfung für die einzelne Gesetzesnorm	87
B. Möglichkeiten zur Rechtfertigung von Verstößen gegen die aus dem Leistungsfähigkeitsprinzip heraus verstandene Forderung nach Gleichmäßigkeit der Besteuerung	187
IV. Die einkommensteuerlichen Auswirkungen der gegenseitigen Unterhaltpflicht getrennt lebender oder geschiedener Ehegatten ("Geschiedenen-Unterhalt") im Lichte steuerlicher Gerechtigkeit	205
A. Darstellung des geltenden Rechts	205
B. Beurteilung der einkommensteuerlichen Konsequenzen des Geschiedenen-Unterhalts im Hinblick auf die Gleichmäßigkeit der Besteuerung gemäß der steuerlichen Leistungsfähigkeit	247
C. Beurteilung im Hinblick auf die Möglichkeit, Durchbrechungen des Steuerlastverteilungsmaßstabs durch verfassungsrechtliche Vorzugswertungen oder andere Begründungen zu rechtfertigen	318
D. Leitlinien für eine Reform der endgültig als nicht sachgerecht beurteilten Normen	364
V. Thesenförmige Zusammenfassung	369

Literaturverzeichnis**Verzeichnis der Rechtsquellen**

Inhaltsverzeichnis

	Seite
I. Gegenstand, Ziel und Ablauf der Untersuchung	1
II. Klärung des zugrundegelegten Verständnisses von Steuergerechtigkeit	6
A. Zum Begriff der Gerechtigkeit und der Steuergerechtigkeit	6
1. Der Begriff der Gerechtigkeit im allgemeinen	6
a) Die formale und die konkrete Gerechtigkeit	6
b) Konkrete Gerechtigkeit und geltendes Recht	11
2. Der Begriff der Steuergerechtigkeit im besonderen	14
a) Steuergerechtigkeit in der Finanzwissenschaft	15
b) Steuergerechtigkeit in der Steuerrechtswissenschaft	17
c) Steuergerechtigkeit in der einzelwirtschaftlichen Steuerlehre	20
B. Versuche zur Operationalisierung der Forderung nach Steuergerechtigkeit in der Literatur	25
a1. Darstellung der Operationalisierungsversuche	25
a) Operationalisierungsversuche im Rahmen der Finanzwissenschaft	25
(1) Die Teilgrundsätze einer gerechten inter-individuellen Steuerlastverteilung	25
(2) Die wesentlichen finanzwissenschaftlichen Fragestellungen zur gerechten Steuerlastverteilung	26
(a) Die Indikatoren steuerlicher Leistungsfähigkeit	27
(b) Die Verteilung der Steuerlast nach der steuerlichen Leistungsfähigkeit	31
(3) Die Bedeutung steuerrechtlicher und steuertechnischer Grundsätze	34
(4) "Gestaltungsprivilegien" als Verstoß gegen die Forderung nach steuerlicher Gerechtigkeit	37
b) Operationalisierungsversuche im Rahmen der Steuerrechtswissenschaft	41
(1) Die Ableitung systemtragender Prinzipien des Steuerrechts aus den Gerechtigkeitsregeln des Grundgesetzes	41
(2) Der Bereich der materialen Steuergerechtigkeit	42
(a) Die unterschiedlichen Sichtweisen vom Inhalt des Gleichheitssatzes	42

	Seite
(b) Gerechtigkeitsdenken als Systemdenken	45
(c) Einzelne Gerechtigkeitsprinzipien	46
(d) Das Leistungsfähigkeitsprinzip als anerkanntes Fundamentalprinzip für Finanzzwecknormen	48
(e) Die Grenzen für Steuereingriff und Sozialgestaltung	54
(3) Der Bereich der formalen Steuergerechtigkeit	54
(4) Ein Zielkonflikt zwischen materialer und formaler Steuergerechtigkeit	56
(5) Das Konzept einer zweigleisigen verfassungsrechtlichen Normüberprüfung	63
c) Operationalisierungsversuche im Rahmen der einzelwirtschaftlichen Steuerlehre	68
(1) Gleichmäßigkeit der Besteuerung auf der Basis eines kapitaltheoretischen Einkommensbegriffs	70
(2) Gleichmäßigkeit der Besteuerung auf der Basis des Einkommensbegriffs der Reinvermögenszugangstheorie	73
(3) Gleichmäßigkeit der Besteuerung auf der Basis des geltenden (pragmatischen) Einkommensbegriffs des EStG	78
2. Würdigung der Operationalisierungsversuche im Hinblick auf ihre Eignung für die Beurteilung steuerrechtlicher Einzelnormen	82
a) Die Geeignetheit der einzelwirtschaftlichen Operationalisierungsversuche	82
b) Der Beitrag der finanzwissenschaftlichen Operationalisierungsversuche	85
c) Der Beitrag der steuerrechtswissenschaftlichen Operationalisierungsversuche	86
III. Versuch einer am geltenden Einkommensteuerrecht orientierten Operationalisierung der Forderung nach steuerlicher Gerechtigkeit	87
A. Die Forderung nach Gleichmäßigkeit der Besteuerung gemäß der steuerlichen Leistungsfähigkeit – Inhaltliche Konkretisierung und Überprüfung für die einzelne Gesetzesnorm	87
1. Inhaltliche, methodologische und terminologische Festlegungen	87
a) Die konzeptionelle Absicht als Leitlinie für den Gang des Operationalisierungsversuchs	87
b) Die Reduziertheit des zugrundegelegten Verständnisses von "gerechter" Steuerlastverteilung	88
c) Die Frage nach der "Gleichheit" ökonomischer Aktivitäten	89

d) Das Verhältnis zwischen dem Leistungsfähigkeitsprinzip und der Besteuerung des "Einkommens" einer Person	93
e) Die Bestimmung von "Einkommen" als Ausgangspunkt für die Ermittlung der Soll-Normen	93
f) Weitere terminologische Festlegungen	96
(1) Die Unterscheidung zwischen "einkommenswirksamen" und "einkommensteuerlich relevanten" wirtschaftlichen Sachverhalten	96
(2) Das Verhältnis zwischen "Verfassungskonformität" und dem Grundsatz der Gleichmäßigkeit der Besteuerung	98
2. Die Strukturelemente des Einkommensteuerrechts als Konkretisierung steuerlicher Leistungsfähigkeit	99
a) Das Prinzip der Individualbesteuerung des Ist-Einkommens	102
b) Das Universalitäts- und das Territorialitätsprinzip	103
c) Das Nettoprinzip	104
d) Das Prinzip, Einkünfte demjenigen zuzurechnen, der sie erzielt	108
e) Das Prinzip, Einkommensverwendungen grundsätzlich nicht abzuziehen	113
(1) Kriterien für die Zuordnung von Handlungen in den Bereich der Einkommensverwendung	114
(2) Die beispielhafte Präzisierung von nicht abziehbaren Einkommensverwendungen in § 12 Nr.2 EStG	116
(a) Der Begriff der gesetzlich unterhaltsberechtigten Person	117
(b) Der Begriff der Freiwilligkeit einer Zuwendung	119
(c) Der Begriff der Zuwendung	120
(3) Der materielle Geltungsbereich des § 12 Nr.2 EStG und seine Begrenzung im einkommensteuerlichen Systemzusammenhang	121
(a) Begrenzung der Bedeutung der Norm auf Zuwendungen, die nicht Betriebsausgaben oder Werbungskosten sind	122
(b) Einkommensteuerliche Konsequenzen bei der Übertragung von Einkunftsquellen, wenn die Voraussetzungen des § 12 Nr.2 EStG vorliegen	124
f) Die ausnahmsweise Abzugsfähigkeit bestimmter Einkommensverwendungen	129
(1) Überblick über den geltenden Rechtszustand	129
(a) Die Abzugsfähigkeit von Sonderausgaben	130
(b) Die Abzugsfähigkeit von außergewöhnlichen Belastungen	131

(2) Die Akzeptanz der Entscheidung des Gesetzgebers für einen Abzug indisponibler Lebensführungskosten innerhalb der Einkommensteuerbemessungsgrundlage	132
(a) Zweifel an der Austauschbarkeit von steuerrechtlicher und sozialrechtlicher Regelung	134
(b) Berücksichtigung persönlicher Umstände innerhalb der Bemessungsgrundlage oder durch Abzüge von der Steuerschuld?	136
(3) Die Einordnung der Abziehbarkeit bestimmter Einkommensverwendungen als Folge des einkommensteuerlichen Systemgebäudes oder als Systemwidrigkeit	142
(4) Suche nach systembildenden Merkmalen, die Aufwendungen der privaten Lebensführung als vom Gesamtbetrag der Einkünfte abziehbar qualifizieren	144
(a) Wesentliche Merkmale für die Qualifikation von Aufwendungen der privaten Lebensführung als außergewöhnliche Belastungen	144
(b) Wesentliche Merkmale von Aufwendungen der privaten Lebensführung, deren Abzug als Sonderausgaben aus dem Leistungsfähigkeitsprinzip heraus begründet wird	154
(c) Wesentliche Merkmale von Aufwendungen der privaten Lebensführung, deren Abzug als Sonderausgaben durch wirtschafts- und sozialpolitische Nebenziele begründet wird	160
g) Die Behauptung eines Korrespondenzprinzips	161
h) Das Periodizitätsprinzip	162
i) Das Progressionsprinzip für die Festlegung des Einkommensteuertarifs	163
3. Entwicklung von Schemata zur Überprüfung, ob für die einzelne Gesetzesnorm die Forderung nach Gleichmäßigkeit der Besteuerung eingehalten ist	164
a) These für die Gleichmäßigkeitsprüfung	165
b) Der Ablauf der Gleichmäßigkeitsprüfung	165
(1) Gleichmäßigkeitsprüfung für den Fall eines Abflusses an finanziellem Ergebnis (Reinvermögensminderung)	165
(2) Gleichmäßigkeitsprüfung für den Fall eines Zuflusses an finanziellem Ergebnis (Reinvermögensmehrung)	174
c) Zusammenfassende Würdigung	178
4. Verdeutlichung an exemplarischen Beispielen	179
a) Prüfung auf Gleichmäßigkeit bei einem Abfluß an finanziellem Ergebnis	179

	Seite
(1) Schuldzinsenabzug bei betrieblicher / beruflicher Veranlassung	179
(2) Aufwendungen aufgrund eines testamentarischen Vermächtnisses	182
b) Prüfung auf Gleichmäßigkeit bei einem Zufluß an finanziellem Ergebnis	184
(1) Die Steuerbarkeit privater Veräußerungsgewinne in Abhängigkeit von der Spekulationsfrist	184
(2) Die Gewährung einkünftespezifischer Freibeträge und Steuervergünstigungen	185
B. Möglichkeiten zur Rechtfertigung von Verstößen gegen die aus dem Leistungsfähigkeitsprinzip heraus verstandene Forderung nach Gleichmäßigkeit der Besteuerung	187
1. Wahl eines anderen Bezugskriteriums für die Verwirklichung "gleicher" Steuerbelastung	189
a) Die Sichtweise Birks	189
b) Zwei grundsätzliche Klarstellungen	191
c) Folgerungen für die Beurteilung der Wahl eines anderen Bezugskriteriums für die Verwirklichung "gleicher" Steuerbelastung durch den Gesetzgeber	196
2. Durchbrechung des Leistungsfähigkeitsprinzips in Verfolgung bestimmter Gestaltungswirkungen	197
IV. Die einkommensteuerlichen Auswirkungen der gegenseitigen Unterhaltpflicht getrennt lebender oder geschiedener Ehegatten ("Geschiedenen - Unterhalt") im Lichte steuerlicher Gerechtigkeit	205
A. Darstellung des geltenden Rechts	205
1. Zivilrechtliche Normen zum Unterhaltsanspruch des getrennt lebenden oder geschiedenen Ehegatten	205
2. Die einkommensteuerliche Berücksichtigung der Unterhaltsleistungen bei getrennt lebenden oder geschiedenen Ehegatten	209
a) Die Bedeutung des § 12 Nr.2 EStG für dauernd getrennt lebende oder geschiedene Ehegatten	209
(1) Die Bedeutung der Vorschrift bis zum 31.12.1974	209
(2) Die Bedeutung der Vorschrift nach dem 1.1.1975	212
(3) Die Bedeutung der Vorschrift nach dem 1.7.1977	212
b) Das begrenzte Realsplitting für Unterhaltsleistungen an dauernd getrennt lebende oder geschiedene Ehegatten	215
(1) Grundsätzliches zum begrenzten Real-splitting	215

	Seite
(2) Die Art der Wechselbeziehung zwischen § 10 Abs.1 Nr.1 EStG und § 22 Nr.1a EStG	217
(3) Die Zustimmung des Unterhaltsberechtigten zum Realsplitting	218
(4) Auswirkungen des Fehlens der unbeschränkten Einkommensteuerpflicht beim Geber und beim Empfänger der Unterhaltsleistungen	222
(5) Leistung an bzw. Unterstützung durch mehrere Personen	225
(6) Besonderheiten bei dauernd getrennt lebenden Ehegatten	226
c) Unterhaltsleistungen an den geschiedenen oder dauernd getrennt lebenden Ehegatten als außergewöhnliche Belastung	230
(1) Grundsätzliches	230
(2) Ausprägungen der Zwangsläufigkeit bei Unterhaltsleistungen an den geschiedenen oder dauernd getrennt lebenden Ehegatten	232
(a) Zwangsläufigkeit dem Grunde nach	233
(b) Zwangsläufigkeit der Höhe nach	239
d) Die einkommensteuerliche Erfassung von Unterhaltsbezügen des geschiedenen oder dauernd getrennt lebenden Ehegatten im Rahmen der wiederkehrenden Bezüge (§ 22 Nr.1, Nr.1a EStG)	243
(1) Grundsätzliches	243
(2) Die hinter der geltenden Regelung stehende Argumentation	244
B. Beurteilung der einkommensteuerlichen Konsequenzen des Geschiedenen - Unterhalts im Hinblick auf die Gleichmäßigkeit der Besteuerung gemäß der steuerlichen Leistungsfähigkeit	247
1. Methodische Vorbemerkungen	247
2. Einkommensteuerliche tatbestandliche Differenzierungen innerhalb des Geschiedenen - Unterhalts	257
a) Die Berücksichtigung von Unterhaltsleistungen als dem Grunde nach indisponible Leistungsfähigkeitsminderungen	257
b) Die Beschränkung der Abzugsfähigkeit von Unterhaltsaufwendungen durch Höchstbeträge	258
c) Die Art der Festlegung des Höchstbetrages und des Existenzminimums in § 33a Abs.1 EStG	265
d) Die Berücksichtigung von Leistungen an bzw. Unterstützung durch mehrere Personen	269
e) Die Einräumung eines Rechtsfolgewahlrechts für den unterhaltsleistenden Ehegatten	274
f) Das Zustimmungserfordernis von seiten des Unterhaltsberechtigten	276
g) Die "50% - Grenze" bei der Beurteilung von wiederkehrenden Leistungen, denen eine nicht vollwertige Gegenleistung gegenübersteht	277

	Seite
h) Die Wechselwirkung zwischen dem Abzug beim Unterhaltsleistenden und der steuerlichen Erfassung beim Unterhaltsberechtigten	281
i) Die einkommensteuersystematische Problematik der Erfassung von Unterhaltsbezügen im Rahmen der §§ 22 Nr.1 und 22 Nr.1a EStG	283
j) Die Voraussetzung der unbeschränkten Einkommensteuerpflicht beim Geber und beim Empfänger der Leistungen	288
3. Einkommensteuerliche tatbestandliche Differenzierungen zwischen Geschiedenen - Unterhalt und neben-gelagerten Fällen der Unterhaltsgewährung	293
a) Die "Unterhaltskonzeption" bei der intakten Ehe	293
b) Unterhaltsleistungen an andere gesetzlich unterhaltsberechtigte Personen	298
c) Unterhaltsleistungen an Personen ohne gesetzlichen Unterhaltsanspruch	303
d) Vergleich mit Schadensersatzleistungen	305
(1) Grundsätzliches zu der einkommensteuerlichen Behandlung von Schadensersatzleistungen	305
(2) Beurteilung der Behandlung von Schadensersatzleistungen und Unterhaltsleistungen	310
(a) Abziehbarkeit beim Verpflichteten als Sonderausgabe in Verbindung mit der Besteuerung beim Empfänger als wiederkehrende Leistung	310
(b) Abziehbarkeit beim Verpflichteten als außergewöhnliche Belastung	313
(c) Exkurs: Die Ablehnung der Steuerfreiheit gemäß § 22 Nr.1 S.2 EStG durch den BFH bei Schadensrenten, die aufgrund von § 844 Abs.2 BGB für den Verlust von Unterhaltsansprüchen gewährt werden	315
C. Beurteilung im Hinblick auf die Möglichkeit, Durchbrechungen des Steuerlastverteilungsmaßstabs durch verfassungsrechtliche Vorzugswertungen oder andere Begründungen zu rechtfertigen	318
1. Überblick über die bisherigen Ergebnisse der Gleichmäßigkeitssprüfung	318
2. Das Nebeneinander von § 10 Abs.1 Nr.1 EStG und § 33a Abs.1 EStG	321
a) Darstellung der Gründe für die geltende Ausgestaltung	321
b) Beurteilung der Gründe	322
3. Das Rechtsfolgenwahlrecht zwischen § 10 Abs.1 Nr.1 EStG und § 33a Abs.1 EStG in Verbindung mit dem Zustimmungserfordernis von seiten des unterhaltsberechtigten Ehegatten	327
a) Darstellung der Gründe für die geltende Ausgestaltung	327

	Seite
b) Beurteilung der Gründe	329
4. Die Beschränkung der Abzugsfähigkeit von Unterhaltsleistungen durch Höchstbeträge gemäß § 33a Abs.1 EStG	331
a) Darstellung der Gründe für die geltende Ausgestaltung	331
b) Sozialpolitische Einflüsse – Relikt oder verfassungsrechtlich mögliches Korrektiv?	337
5. Die typisierende Festlegung des Höchstbetrages in § 33a Abs.1 EStG	342
6. Die "50 %-Grenze" bei wiederkehrenden Leistungen, denen eine nicht vollwertige Gegenleistung gegenübersteht	347
a) Die Gründe für die Einfügung des Normelements durch die Rechtsprechung des BFH	347
b) Beurteilung der Einfügung des Normelements	350
(1) Die Beeinflußbarkeit der Steuerlast durch den Steuerpflichtigen aufgrund des Normelements	350
(2) Sind die von der Rechtsprechung gegebenen Begründungen für die "50 %-Grenze" so gewichtig, daß sie die Verletzung des Gleichmäßigsgrundsatzes aufwiegen?	355
7. Die Korrespondenz zwischen § 10 Abs.1 Nr.1a EStG und § 22 Nr.1 S.1 EStG, § 12 Nr.2 EStG und § 22 Nr.1 S.2 EStG	358
8. Die Korrespondenz zwischen § 10 Abs.1 Nr.1 EStG und § 22 Nr.1a EStG	360
9. Die Erfassung von wiederkehrenden Bezügen gemäß § 22 Nr.1 S.1 EStG und § 22 Nr.1a EStG mit der alleinigen Begründung über ihre Wiederkehr	361
D. Leitlinien für eine Reform der endgültig als nicht sachgerecht beurteilten Normen	364
V. Thesenförmige Zusammenfassung	369

Literaturverzeichnis

Verzeichnis der Rechtsquellen